



Während in der Nationalversammlung über die Lockerung von Umweltbeschränkungen sinniert wird, stehen Gemüsebauerinnen und -bauern im Westen und Süden Frankreichs im Wasser und warten darauf, dass ihre Ernte verrottet.

Man könnte es Satire nennen.

Wochenlange Starkregen haben in der Loire-Atlantique Salat, Lauch und Kohl in morastige Grabfelder verwandelt. Von außen wirkt manches Feld noch intakt. Unter der Oberfläche jedoch fehlt Sauerstoff, Wurzeln faulen, Mikroorganismen sterben. Wenn das Wasser sich zurückzieht, stirbt die Pflanze. Ein biologisches Todesurteil auf Raten.

Und in Paris diskutiert man weniger Umweltschutz.

Wie abgehoben kann Politik eigentlich noch werden?

Der Klimawandel zeigt längst Zähne. Extreme wechseln sich ab wie schlechte Launen: Dürre, dann Sintflut. Regionen, die früher Trockenheit fürchteten, erleben tagelange Überflutungen. Infrastruktur versagt, Drainagen kapitulieren, Traktoren bleiben stecken. Produktionszyklen reißen. Ein verlorener Monat frisst Margen, Marktanteile, Existenzen.

Das sind keine grünen Fantasien, das ist betriebswirtschaftliche Realität.

Landwirtschaft lebt von Stabilität. Von berechenbaren Jahreszeiten, halbwegs verlässlichen Niederschlägen, planbaren Ernten. Diese Grundlage bröckelt. Wer jetzt Umweltauflagen schleifen will, argumentiert, als ließe sich Physik per Gesetz novellieren. Als könnte man CO₂ mit einer Debatte verdünnen.

Spoiler: Das klappt nicht.

Natürlich klagen viele Betriebe über Bürokratie. Natürlich ächzen sie unter Kosten. Doch das Problem auf den Feldern heißt nicht „zu viel Regulierung“, sondern „zu viel Extremwetter“. Wer das verwechselt, betreibt politische Augenwischerei.

Die Folgen tragen nicht nur die Bauern. Fällt die Ernte aus, steigen Preise, Importe nehmen zu, Abhängigkeiten wachsen. Ernährungssicherheit wirkt plötzlich nicht mehr wie ein abstraktes Wort aus Strategiepapieren, sondern wie eine Kampfansage im Supermarktregal.

Und trotzdem sendet das Parlament das Signal: Weniger Schutz für die Umwelt.



Kommentar: Realitätsverlust im Plenarsaal – Das Parlament lockert Umweltauflagen während die Felder absaufen

Das ist mehr als nur ein falscher Zeitpunkt. Es wirkt wie ein intellektueller Kurzschluss. Umweltauflagen existieren nicht aus moralischer Laune, sondern als Reaktion auf reale Belastungsgrenzen von Böden, Gewässern, Atmosphäre und Biodiversität. Wer sie lockert, verschiebt Risiken – oft unsichtbar, oft zeitverzögert, aber zuverlässig.

Die Bauern erleben den Klimawandel nicht in Diagrammen, sondern im Schlamm. Sie kalkulieren nicht ideologisch, sondern mit Krediten, Saatgutpreisen und Lieferverträgen. Jede Fehlentscheidung kostet bares Geld. Jede falsche politische Weichenstellung multipliziert das Risiko.

Man fragt sich unwillkürlich, in welcher Welt manche Abgeordnete unterwegs sind. Draußen säuft die Ernte ab, drinnen träumt man von Deregulierung.

Vielleicht liegt genau darin das Problem: Zwischen Plenarsaal und Acker klafft eine Intelligenz-Lücke. In dieser Lücke versinken derzeit ganze Produktionszyklen.

Wenn die Wurzeln ersticken, hilft keine „Loi Duplomb“.

Und wenn Politik die Zeichen der Zeit ignoriert, verliert sie nicht nur Glaubwürdigkeit – sondern den Boden unter den Füßen.

Von C. Hatty